

Wahlprüfstein DIE LINKE

Deutscher Bauernverband e.V.
Claire-Waldorf-Str. 7
10117 Berlin

Agrarpolitik

1. Das Image der Europäischen Union ist angekratzt. Von vielen wird die EU vor allem als Quelle belastender bürokratischer Auflagen gesehen. Wie wollen Sie neues und dringend notwendiges Vertrauen in die Europäische Union schaffen?

Die Vertrauenskrise liegt wesentlich im strukturellen, bereits im Lissabon-Vertrag festgeschriebenen Demokratiedefizit der EU begründet. DIE LINKE will die EU und ihre Institutionen demokratisieren und politische Entscheidungen transparent gestalten. Hierzu muss vor allem das Europäische Parlament gestärkt und gegenüber der EU-Kommission und dem Europäischen Rat aufgewertet werden, indem es unter anderem ein Initiativrecht für Gesetzgebungsvorhaben erhält. Zudem müssen Möglichkeiten der dezentralen politischen Selbstverwaltung (Subsidiaritätsprinzip) gestärkt und Formen direkter Demokratie (z.B. Volksentscheide) auf EU-Ebene etabliert werden. Den Einfluss von Lobbygruppen auf EU-Gesetzgebung und Entscheidungen wollen wir zurückdrängen. DIE LINKE setzt sich daher unter anderem für die Einführung eines verbindlichen und transparenten Lobbyregisters, ein Beschäftigungsverbot von Lobbyisten in den EU-Institutionen sowie von Abgeordneten in Unternehmen und Lobbyorganisationen ein.

2. Die Finanz- und Eurokrise haben Konstruktionsmängel bei der Schaffung einer gemeinsamen europäischen Währung offenbart. Bisher eingeleitete Maßnahmen - Schuldenbremse, Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, Reform der Finanzaufsicht – sollen vergleichbare Krisen künftig vermeiden und Europa zu wirtschaftlicher Stärke zurückführen. Wie bewerten Sie diese Maßnahmen?

Diese Maßnahmen beseitigen die Konstruktionsfehler der Währungsunion nicht. Sie verschärfen die Probleme weiter, anstatt sie zu lösen. Die Währungsunion ist falsch konstruiert, weil die Vereinheitlichung der Geldpolitik nicht durch die Koordinierung der Wirtschafts-, Sozial- und Fiskalpolitik ergänzt wird. Ihr Leitbild ist die Standortkonkurrenz der Mitgliedstaaten und ihrer Ökonomien um niedrigste Steuern, Sozialstandards und Löhne. Aus diesem Wettbewerb, der enorme Ungleichgewichte in der außenwirtschaftlichen Entwicklung produziert, gehen wenige Gewinner und viele Verlierer hervor. Der den Krisenländern mit Schuldenbremse und neuen Stabilitätsregeln aufgezwungene Spar- und Kürzungskurs würgt europaweit die Wirtschaft ab. Die Lasten dieser Politik

tragen junge Arbeitssuchende, abhängig Beschäftigte und Rentner. Demgegenüber haben Banken, die sich verspekuliert haben und mit Milliardensummen gerettet wurden, auch mit der Reform der Finanzaufsicht keine strengen Auflagen zu befürchten.

3. Die europäischen Standards in den Bereichen Verbraucher-, Umwelt- und Tierschutz sind im internationalen Vergleich sehr hoch. Gleichzeitig verhandelt die Europäische Union intensiv über eine Vielzahl bilateraler Abkommen zur Marktöffnung. Der Wettbewerbsdruck auf die europäischen Landwirte wird dadurch zunehmen. Wie soll dieser Widerspruch gelöst und Schaden für die europäische Wirtschaft abgewendet werden?

DIE LINKE möchte an den hohen Standards festhalten. Der vorsorgende Verbraucherschutz ist ein hohes Gut und muss verteidigt werden. Das gilt sowohl für die Chemikalienpolitik als auch für den Ernährungs- und Agrarbereich. Das geplante Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) gefährdet die Errungenschaften. Insbesondere drohen Kompromisse auf Kosten der Agrar- und Ernährungswirtschaft. Daher fordert DIE LINKE die Beendigung der TTIP-Verhandlungen. Wenn Hähnchen in Chlorbädern desinfiziert, geklonte Tiere gehandelt oder Wachstumshormone in der Rindermast eingesetzt werden, entspricht das nicht unseren Vorstellungen einer nachhaltigen Landwirtschaft. Europäische Landwirtinnen und Landwirte sind darauf angewiesen, dass sie nicht in einen ruinösen Preiswettbewerb treten müssen, in dem sozial-ökologisches Verhalten zum betriebswirtschaftlichen Risiko wird. Verbraucherinnen und Verbraucher erwarten, dass ihre Produktansprüche nicht auf dem Altar des Freihandelsabkommens geopfert werden.

4. Die jüngste EU-Agrarreform bringt neu ein „Greening“, aber auch deutlich mehr Bürokratie. Die Stärkung der Wettbewerbsstellung der europäischen Landwirtschaft über förderpolitische Maßnahmen spielt eine erkennbar geringere Rolle. Wie sollte die Agrarpolitik langfristig fortentwickelt werden?

DIE LINKE steht für eine sozial-ökologische EU-Agrarpolitik. Daher begrüßen wir die EU-Agrarreform, auch wenn wir in einigen Details andere Prioritäten gesetzt hätten. Beispielsweise hatten wir gefordert, den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen in die Förderung einzubeziehen. Gerade in den strukturschwachen ländlichen Regionen Europas sind die Agrarbetriebe wichtige Arbeitgeber. Auch der Beitrag der Landwirtschaft zum Umwelt- und Klimaschutz sollte durch die EU-Prämien gezielt honoriert werden. Dies greift das so genannte Greening auf, wobei wir auch eine besonders nachhaltige Agrarproduktion auf diesen Flächen für sinnvoll halten. Die nun reformierte EU-Agrarförderung sollte einem Gesundheitscheck unterzogen und die Erfahrungen in die Ausgestaltung der GAP2020+ einbezogen werden. Ob dann an dem derzeitigen System der Direktzahlungen festgehalten werden soll, muss anhand der konkreten Förderwirkungen geprüft und diskutiert werden.

5. Die Europäische Union hat klare Ziele für den Ausbau der erneuerbaren Energien festgelegt. Die Landwirtschaft hat sich mit entsprechenden Investitionen darauf eingestellt. Wie kann eine größere Harmonisierung des EU-Marktes für (erneuerbare) Energien erzielt werden? Brauchen wir eine gemeinsame europäische Energiepolitik?

Das von der EU für das Jahr 2020 beschlossene Ausbauziel für erneuerbare Energien wie auch die von der EU-Kommission vorgeschlagenen Ziele für 2030 sind völlig unzureichend. DIE LINKE setzt sich für deutlich ambitioniertere Ausbauziele für erneuerbare Energien ein. Bis zum Jahr 2020 soll ein Viertel, bis 2030 sollen 45 Prozent des Energieverbrauchs in der EU aus erneuerbaren Energien stammen. Diesem Ausbauziel müssen ebenfalls verbindliche Ziele für die Minderung von Treibhausgasemissionen und für Energieeinsparung zur Seite gestellt werden. Eine stärkere Koordination des Umbaus der Energieversorgung auf EU-Ebene ist insbesondere bei großräumigen Infrastrukturen wie den Stromnetzen sinnvoll. Wir sind jedoch gegen eine strikte Harmonisierung der Förderung erneuerbarer Energien. Eine solche Steuerung der Energiewende aus Brüssel hin zu einer regionalisierten Versorgung mit überwiegend dezentralen erneuerbaren Energien würde mit dem Subsidiaritätsprinzip kollidieren.

6. Strenge Produktionsvorgaben im Bereich der Umwelt- und Tierschutzgesetzgebung führen zu höheren Kosten in der Produktion, aber nicht zu höheren Erzeugerpreisen für die Landwirte. Wie können ambitionierte Zielvorgaben im Bereich Klimawandel, Naturschutz und vor allem auch Tierproduktion mit den Landwirten so umgesetzt werden, dass dies nicht zu einer neuen Welle von Betriebsaufgaben in der Landwirtschaft führt? Welchen Lösungsweg schlagen Sie hier vor?

Es ist problematisch, dass trotz Agrarfördermittel viele Agrarbetriebe keine kostendeckenden Erzeugerpreise erzielen. Die derzeitigen Marktmechanismen sind unzureichend. Gleichzeitig sind gerade für DIE LINKE bezahlbare Lebensmittelpreise unverzichtbar. Daher muss auf zwei Ebenen gehandelt werden. Zum einen müssen sozial-ökologische Marktregeln die Stellung der Landwirtschaftsbetriebe am Markt stärken. Auch Erzeugergemeinschaften und Genossenschaften können dazu beitragen, die Gewinne innerhalb der Wertschöpfungskette gerechter zu verteilen. Zum anderen wird eine transparente Information und Kommunikation gebraucht, um die Leistungen der Landwirtschaft besser zu honorieren. Darüber hinaus sprechen wir uns für eine regionale Absatzförderung aus. Das bedeutet gleichfalls, dass die Agrarwirtschaft Kundenwünsche nach mehr Tierschutz, Gentechnikfreiheit oder Regionalität stärker berücksichtigen muss, als bislang. Die Export-Ausrichtung der Landwirtschaft ist nicht zielführend.